

PROTOKOLL

über die 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 28.03.2012 im Bürgerhaus Assenheim

Beginn: 20:00 Uhr / 22:35 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(28 Mitglieder)

Ursula Einhoff
Gerhard Einhoff
Michael Hahn
Torsten Hahn
Petra Kremer
Oliver Herbert
Silke Merz
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr - bis TOP 6
Rolf Lamade
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Dr. Dirk Schneider
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel
Dieter Eisenberg
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Christian Osmalz - entschuldigt
Lutz Sierach - entschuldigt
Oliver Seuss - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Kai Rauscher
Herbert Porth

es fehlte: Erhard Reiter

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen des Magistrates
- (2) Zweite Änderung des Bebauungsplanes A 10 „Zwischen Dorn-Assenheimer Straße und Nidda“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 13/2012)
- (3) Dritte Änderung des Bebauungsplanes A 10 „Zwischen Dorn-Assenheimer Straße und Nidda“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 14/2012)
- (4) Bebauungsplan A 15 „Am Bahnhof“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 15/2012)
- (5) Bebauungsplan „Windpark 1“ Niddatal:
 - a) Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 (1) BauGB
 - b) Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit der VBV GmbH (Vorlage-Nr. 22/2012)
- (6) Baugebiet auf dem Gollacker
 - 1) Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und B'90/Die Grünen:
Aufgabe der weiteren Planung (Vorlage-Nr. 16/2012)
 - 2) Bebauungsplan A 13 „Auf dem Gollacker“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
 - a) Beratung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB vorgebrachten Anregungen und Beschlussfassung hierzu
 - b) Beschluss des Entwurfes zur Offenlegung gem. § 3 (2) BauGB
(Bitte Vorlage-Nr. 75/2011 zu TOP 4 der Stvv vom 01.11.2011 mitbringen)
- (7) Baugebiet I 8 „Burg-Gräfenröder-Straße“ :
Festsetzung der Verkaufspreise (Vorlage-Nr. 28/2012)
- (8) Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes A 14 „Seniorenheim“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB (Vorlage-Nr. 17/2012)
- (9) Antrag Dr. Dirk Schneider:
Vorbereitung Kommunales Energiemanagement (Vorlage-Nr. 18/2012)
- (10) Anfrage Dr. Dirk Schneider: Baulandstrategie Niddatal (Vorlage-Nr. 06/2012)
- (11) Anfrage Dr. Dirk Schneider: Gewerbe-strategie Niddatal (Vorlage-Nr. 07/2012)
- (12) Anfrage Dr. Dirk Schneider:
Wirtschaftlichkeit der Stadtwerke-Ausgründung (Vorlage-Nr. 08/2012)
- (13) Beschluss einer Ehrung (Vorlage-Nr. 31/2012)
- (14) Aufhebungsbeschluss Bauplatzvergabe (Vorlage-Nr. 30/2012)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal.

Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugegangen sind und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Das Protokoll der 10. Sitzung wird noch verteilt.

Zur heutigen Tagesordnung werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann holt ein Versäumnis nach und teilt mit, dass im vergangenen Jahr zwei städtische Grundstücksverkäufe beschlossen, aber nicht in den Stadtverordnetenversammlungen am 30.11. und 22.12.2011 mit Käufer und Preis erwähnt wurden. Da es sich hier um die Veräußerung öffentlichen Eigentums gehandelt hat, obliegt dies auch der Mitteilungspflicht an die Öffentlichkeit; dies sei bedauerlicherweise nicht geschehen.

Der Erwerber des städtischen Gewerbegrundstücks in Ilbenstadt ist Karl-Heinz Funk, wohnhaft in Niddatal und der Erwerber des städtischen Wohnbaugrundstücks in Bönstadt ist Andreas Linz, ebenfalls wohnhaft in Niddatal.

Der Verkaufspreis betrug insgesamt 80.500 Euro. –

Zukünftig wird darauf geachtet werden, dass solche Mitteilungen umgehend erfolgen.

Nachdem keine Wortmeldungen ergingen, ruft der Stadtverordnetenvorsteher den TOP 1 auf.

(1) Mitteilungen des Magistrates

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert seine heutigen Mitteilungen zu folgenden Themen:
(Sehen Sie hierzu auch die bereits verteilten schriftlichen Ausführungen, Seite 1 + 2)

Neubau Feuerwehrgerätehaus Kaichen

Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses sind weitere zwei Gewerke vergeben worden. Dies sind die Sektionaltore mit einer Auftragssumme in Höhe von rund 16.300 Euro sowie die Fenster und Außentüren mit einer Auftragssumme in Höhe von rund 35.000 Euro brutto.

Bei der letztgenannten Position konnten wir gegenüber der Schätzung rund 10.000 Euro einsparen.

Zeitplan Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse

(Die nächste Sitzung ist am 04.04.2012)

Rechtsbeziehungen Stadt, Kreis und Betreuungsschule Mäusezahn

(... am 09.03.2012 wurde um eine Stellungnahme gebeten)

Dieter Eisenberg teilt mit, dass im letzten Sozialausschuss zum Thema „Einführung von KISS“ die Frage gestellt wurde, wieweit die Eltern und Elternbeiräte beteiligt worden sind. Nach unseren Satzungen ist dies möglich, aber bisher noch nicht geschehen; das wird man wohl nachholen müssen.

In der Diskussion über gesetzliche Ausgleichszahlungen für Kindertagesstätten ist man übereingekommen, dass etwaige Ansprüche nur die Gemeinden untereinander regeln sollen und Forderungen von Kitas nicht direkt an die Kommunen gestellt werden können. Hier besteht aber noch weiterer Diskussionsbedarf.

**(2) Zweite Änderung des Bebauungsplanes A 10 „Zwischen Dorn-Assenheimer Straße und Nidda“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass in der 10. Sitzung des Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen am 13.02.2012 hierüber beraten und dem Beschlussvorschlag mit 8 Ja-Stimmen (einstimmig) zugestimmt wurde.

Nachdem es hierzu keine Wortmeldungen gibt, lässt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag wie vorgegeben seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

**(3) Dritte Änderung des Bebauungsplanes A 10 „Zwischen Dorn-Assenheimer Straße und Nidda“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass in dem Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen am 13.02.2012 über diese Dritte Änderung beraten und der Beschlussempfehlung mit 8 Ja-Stimmen (einstimmig) zugestimmt wurde.

Bürgermeister Dr. Hertel gibt zu diesem Bebauungsplan noch einige Anmerkungen, die ihm wichtig erscheinen: Er sagt, es sei notwendig für die betroffenen Anwohner zu erfahren, dass wir uns mit ihren Bedenken und Anregungen bei der Umsetzung dieses Bauvorhabens auseinandersetzen werden. Wenn wir auch heute über einen Aufstellungsbeschluss abstimmen, so sei das letztendlich noch keine Entscheidung, wie und ob eine Bebauung stattfinden wird.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag wie vorgegeben seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

**(4) Bebauungsplan A 15 „Am Bahnhof“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass am 13.02.2012 im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen nach ausführlicher Diskussion dem Beschlussvorschlag mit 8 Ja-Stimmen (einstimmig) zugestimmt wurde.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag wie vorgegeben seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

**(5) Bebauungsplan „Windpark 1“ Niddatal:
a) Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 2 (1) BauGB
b) Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit der VBV GmbH**

Florian Porth berichtet, dass am 13.02.2012 im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen über den Punkt a) beraten wurde. Nach Erläuterungen von Frau Frisch von der Verwaltung wurden noch weitere Fragen hierzu behandelt. Die danach erfolgte Abstimmung zu Punkt a) ergab einstimmige Befürwortung (8 Ja-Stimmen), einen Bebauungsplan für den genannten Bereich aufzustellen. Der Punkt b) stand nicht zur Debatte.

Markus Nikleniewicz hat sich zu dem Gesamtvorhaben mit folgenden Fragen geäußert: Wo geht unsere Energiereise hin? Was haben wir vor? Was wollen wir? Grundsätzlich befürwortete er schon dieses Konzept. Dennoch bleiben Fragen offen, wie er sagt: Warum jetzt in diesem Bereich, der vorgeschlagen wird (in Kaichen)? Wie sieht das Gesamtkonzept der Stadt Niddatal aus? Ebenso wie denkt man über eine Zusammenarbeit mit den benachbarten Gemeinden?

Bürgermeister Dr. Hertel antwortet hierzu:

Einige dieser Fragen könne er heute beantworten, andere jedoch sind schwieriger und umfangreicher zu erklären. Die eine Frage interpretiere er so: „Warum geht man hier diesen schnellen Schritt, ohne dass ein Gesamtkonzept - von dem Sie sprechen - vorliegt?“ Hierüber habe er in früheren Sitzungen schon berichtet. Also noch einmal, Niddatal hat insgesamt nach der Windkarte, die vom Land Hessen erstellt wurde, drei Standorte, die sich für Windkraftanlagen eignen würden. Die Standorte liegen in den Gemarkungen Kaichen, Bönstadt und Assenheim. Mit den beiden letztgenannten Standorten werden wir uns sicherlich in nächster Zeit näher befassen. Hierbei ist auch zu bedenken, dass die drei genannten Flächen nicht Eigentum der Stadt Niddatal sind. Da es sich hier um privilegierte Vorhaben handelt, können unsere Pläne - so wie es die Gesetzeslage erlaubt - durch andere Entscheidungen (z.B. von Investoren) unserer Einflussnahme entzogen werden.

Die bereits angesprochene Zusammenarbeit mit den Kommunen Karben und Bad Vilbel (wie auch aus der Presse zu entnehmen war) ist auf deren Wunsch hin bei uns angefragt worden.

Der Investor wird sich mit dem Grundstückseigentümer - in diesem Fall das Land Hessen - auseinandersetzen.

Unsere Überlegungen (meine und die des Magistrats) sind, schon jetzt einen Bebauungsplan aufzustellen, um später rechtzeitig richtungsweisend eingreifen zu können. Dabei denken wir auch an eine entsprechende Partizipation an den zu erwartenden Einnahmen. - Wir wollen also im Vorfeld dieser Planungen dabei sein und mitbestimmen können.

Weiter geht der Bürgermeister in seinen Ausführungen noch ausführlich auf die Alternativen der regenerativen Energieerzeugung ein, mit denen man sich kritisch auseinandergesetzt habe. Einen sogenannten „Energemix“ habe man mit in diese Überlegungen einbezogen.

Darüber hinaus soll dem Thema „Energieeinsparung“ mehr Bedeutung zukommen und wird mit Sicherheit breiten Raum in den zukünftigen Diskussionen einnehmen.

Auf die Frage von Dr. Dirk Schneider zur Absichtserklärung mit der VBW Wind, ob auch Bürger als Investor eingebunden werden können, antwortet Dr. Hertel: Diese Absichtserklärung ist bis jetzt noch sehr lose formuliert und soll erst abgeschlossen werden, wenn die Untersuchungen erfolgt sind. (VBW Wind = Viernheim - Bad Vilbel)

Es ist angedacht, dass zumindest eine Anlage von der Stadt bzw. auch von den Bürgern mitfinanziert wird (Größenordnung ca. 3,5 Mio Euro) - Die Bürger würden daran später partizipieren können.

Dieter Eisenberg verweist auf die bereits vorhandenen Kläranlagen in Assenheim und Wickstadt und fragt, ob man diese auch als Kombianlage, nach entsprechender Untersuchung und Umrüstung, zukünftig als Biogasanlage nutzen könnte ?

Michael Hahn erklärt, dass er sich nicht allgemein gegen Windkraftanlagen ausgesprochen habe, wie dies fälschlicherweise von der Presse zitiert wurde. Er präzisierte seine gemachte Aussage zum Standort Kaichen und betont, dass auch er für Windkraft und erneuerbare Energien sei.

Nach dieser ausführlichen Debatte lässt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann abstimmen, wer der Aufstellung eines Bebauungsplanes **gemäß Punkt a) wie vorgeben** seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

Punkt b) Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit der VBW Wind : Wie Florian Porth schon berichtet hat, wurde dieser Punkt in der Bauausschusssitzung nicht behandelt.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Abschluss einer Absichtserklärung über die Zusammenarbeit mit der VBV Wind, Bad Vilbel seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

(6) Baugebiet auf dem Gollacker

**1) Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und B'90/Die Grünen:
Aufgabe der weiteren Planung**

Gerhard Einhoff hat in einer ausführlichen Stellungnahme die Argumente der CDU-Fraktion vorgetragen und erklärt, warum man das Baugebiet „Gollacker“ ablehne und dafür plädiere, weiterführende Planungen aufzugeben. Er bezieht sich dabei auf die geografische Lage des Gollacker Areals, das für ein harmonisches Zusammenwachsen der vier Niddataler Stadtteile völlig konträr platziert ist. Das Anliegen seiner Fraktion sei, die innerstädtische Eigenentwicklung mit familienfreundlichen Ortskernen zu entwickeln und auch mit konstruktiven Vorschlägen zu unterstützen.

Markus Nikleniewicz fügt an, dass auch die B'90/Grünen sich gegen das Gollacker-Baugebiet ausgesprochen haben und unterstützen die von Gerhard Einhoff gemachten Aussagen, vielmehr die innerstädtische Eigenentwicklung zu fördern und mitgestalten zu wollen. Das von Dr. Dirk Schneider in mühsamer Kleinarbeit erstellte Konzept, welche Flächen in Kaichen innerörtlich noch bebaubar wären, sei ein guter Beitrag, den man auch in den anderen Stadtteilen anwenden sollte.

Dr. Dirk Schneider erklärt, dass er ein „schlechtes Bauchgefühl“ beim Thema Gollacker habe und dass er dafür plädiere, eine heute zu fassende Entscheidung nochmals hinauszuschieben. Er denke dabei an ein Gutachten, das eine Aussage über die langfristigen Folgekosten und Nutzen darstellen soll. Mit dem Bau- und H+F Ausschuss sollten dann die Bewertungskriterien erörtert werden. Diese Vorgehensweise würde mehr Transparenz für eine Entscheidungsfindung aufzeigen.

Bürgermeister Dr. Hertel entgegnet hierzu in einem ausführlichen Beitrag: Wenn jetzt eine Bereitschaft von Seiten der Antragsteller kommt, dem Vorschlag von Dr. Schneider zu folgen, dann erübrigen sich weitere Kommentare hierzu. Wenn Sie allerdings sagen, wir haben den Antrag eingebracht und wollen auch danach abstimmen, ohne auf den Änderungsantrag einzugehen, dann bedarf es noch einigen Ausführungen von mir, damit nach außen klar wird, wie die einzelnen Fraktionen, der Bürgermeister und der Magistrat positioniert sind.

Ich vertrete hier den Magistratsbeschluss, der an diesem Baugebiet festhält. Der Magistratsbeschluss schließt aber nicht aus, dass der Bürgermeister auch eine persönliche Meinung vertreten kann: Der Bürgermeister ist für dieses Baugebiet - außer man hat Alternativen; diese können aber nicht nur die innerstädtische Bebauung sein.

Der Bürgermeister bezieht sich in seinen weiteren Ausführungen auf geführte Gespräche mit Immobilienmaklern, die ihm interessante Aspekte vermittelt haben.

Für die innerstädtische Entwicklung sei er offen und begrüße Fortschritte in dieser Richtung. Er bezweifle jedoch, ob sich hier so viele Flächen finden lassen, wie sie bei einem Neubaugebiet - wie dem Gollacker - gegeben sind. -

Der demografische Wandel sei schon ein Thema, wo er dringend Handlungsbedarf sieht. Der innerstädtische Zuzug von Neubürgern könne diese Entwicklung nicht aufhalten. Auch sieht er durch die sinkende Zahl der Erwerbstätigen zukünftig eine Verringerung der Steuereinnahmen. -

Die zu erwartenden Gelder für das Neubaugebiet Gollberg würden im Ermessen des Gremiums eingesetzt werden, d.h. in erster Linie könnte damit der Schuldenabbau bedient werden.

Das Thema „Großsporthalle“ ist nach der damals erfolgten Abstimmung nicht aus dem Haushaltsplan 2012 herausgenommen worden und daher noch existent. Man werde sicherlich hierüber in nächster Zeit diskutieren müssen.

Weiter erwähnt der Bürgermeister noch die Alternative, Gemeinde-eigenes Waldgelände im Gegenzug für die fraglichen Grundstücke zu tauschen, wodurch dann Niddatal Eigentümer dieses Baugeländes werden würde. Im Raum steht hierfür eine Summe von ca. 1,6 Mio Euro als Einnahme. Dies wäre eine Variante und es gebe noch andere Möglichkeiten, über die man nachdenken könnte.

Der seinerzeit von den Grünen geforderte Straßenausbau nach Bruchenbrücken würde laut Schätzung ca. 500.000 Euro kosten. Dies ließe sich aus dem Erlös der Grundstücksverkäufe realisieren.

Zu dem Änderungsantrag von Dr. Schneider ließ der Bürgermeister wissen, dass er sich in der Vergangenheit mit dieser Thematik intensiv beschäftigt habe. Den vorgegebenen Zeitplan sieht er vom Ablauf her als nicht machbar, da in der Verwaltung keine Kapazitäten mehr bereitstehen, solche zusätzlichen Aufgaben übernehmen zu können. Um hier eine fundierte Aussage zu bekommen, muss man sich an entsprechende Institute wenden. Da gibt es z.B. ein Ingenieurbüro in NRW, das ein breites Spektrum von Berechnungsmodellen erstellen kann. Diese Untersuchungen sind jedoch nicht kostenlos und der uns interessierende Umfang würde sich auf ca. 15.000 Euro belaufen.

Resümierend äußert Bürgermeister Dr. Hertel den Wunsch, dass man für Niddatal das erzielen sollte, was uns in dieser schwierigen Situation besonders unterstützt und am meisten hilft.

Die Einwände von Gerhard Einhoff zu den Themen Reg. FNP, Kreisstraße 239 und Großsporthalle erläutert der Bürgermeister: Die Änderung des FNP ist sicherlich in kleinen Bereichen möglich. Es geht hier aber nicht darum, dass wir Teilbereiche herausnehmen, z.B. 7.000 qm für das Projekt Seniorenwohnheim, sondern wir reden hier über eine Fläche von nahezu 10 Hektar. Diese war nicht mehr als Ackerfläche ausgewiesen, sondern schon im Rahmen der Bebauung A 9 als Ausgleichsfläche eingebunden, die als kleine Änderung betrachtet wird. Solche Änderungen in dieser Größenordnung waren schon immer möglich.

Die Kostenschätzung für den Ausbau der Kreisstraße 239 mit 322.490 Euro haben wir bewusst angehoben, wohl wissend, dass sich solche Summen bis zur Umsetzung sowieso nach oben verändern.

Die Investitionen für die Großsporthalle kann man zum gegebenen Zeitpunkt beschließen. Wenn man allerdings grundsätzlich dagegen ist, sollte dies auch dokumentiert werden. Das hätte man auch schon während der Haushaltsbeschließung machen können.

Dieter Eisenberg machte mit seiner Berechnung über die zu erwartenden Mehreinnahmen an EK-Steuern durch Neubürger (= berufstätig und gut verdienend) deutlich, dass die genannten Summen bei genauer Betrachtung und Einbeziehung weiterer Kosten (Krippenplätze usw.) im Endergebnis irreführend und „abenteuerlich“ sind. (Zahlen von Bürgermeister Bischofsberger, als Mittelwerte genannt).

Zur These, es gebe in Niddatal freie Kindergartenplätze, hat er ebenfalls widersprochen. In Assenheim und Ilbenstadt gibt es „Wartelisten“, die also eine andere Realität aufzeigen. –

Sein nächster Einwand betrifft Ausbau Kreisstraße 239. Die hochgerechnete Summe von 500.000 Euro sehe er noch als zu niedrig an, wenn man ähnlich Straßenprojekte in der näheren Umgebung heranzieht, wofür Kosten in Millionenhöhe entstanden sind. Man könne nur vermuten, dass wichtige Maßnahmen, die wir gefordert haben, in der Kalkulation weggelassen wurden.

Achim Saßmannshausen äußert sich in seinem Beitrag zum Ausbau Kreisstraße 239, dass man (die SPD-Fraktion) es bedauere, hiervon die Entscheidung für das Gollberg-Baugebiet abhängig zu machen. Mit Blick auf den demografischen Wandel mahnt er, dass hier eine „Riesenchance“ nicht wahrgenommen wird. Wir seien alle zu „Statistikgläubig“. Es gebe Gemeinden, die ihre Zukunftsperspektiven schon entsprechend ausgerichtet haben. Niddatal möge sich doch mit vergleichbaren Kriterien befassen, um bessere Erkenntnisse zu erhalten. Er plädiere dafür und bittet seine Fraktion, für das Baugebiet Gollberg zu stimmen.

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich auf den Einwand von Dieter Eisenberg und korrigiert die tatsächlich fehlerhafte Berechnung von BM Bischofsberger; diese müsste lauten: im Endergebnis 600 bis 700 Euro.

Was die Kitas angeht, habe er davon gesprochen, dass ohne Zuzug von Neubürgern Niddatal in den nächsten Jahren freie Plätze haben werde, selbst wenn man die gesetzliche U 3-Betreuung schon berücksichtigt.

Die von ihm genannten Kosten für den Ausbau Kreisstraße 239 seien korrekt. Er habe sich damals gegen die Bushaltestelle mit den damit verbundenen Erfordernissen ausgesprochen, die in dieser Berechnung natürlich nicht enthalten sind. –

Mit Blick auf die zurückliegenden 20 Jahre, wo seine Vorgänger Amtsinhaber waren, stellt er die Frage, warum damals nicht schon richtungsweisende Entscheidungen getroffen wurden? –

Zur Finanzierung einer solchen Maßnahme erläutert er noch, wie eine Vorfinanzierung unter Beteiligung des Wetteraukreises abgewickelt werden könnte.

Dr. Dirk Schneider meldet sich zu Wort und empfiehlt, die Abstimmung vorzunehmen, da die Argumente hinreichend vorgetragen wurden.

Michael Hahn hat noch darauf hingewiesen: „Warum ist die Großsporthalle nicht aus dem Haushalt gestrichen worden?“ und seine Gegenfrage: „Warum ist in dem Haushalt nicht ein Grundstücksverkauf eingestellt worden?“

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann stellt zur Abstimmung, wer dem Antrag auf Schluss der Debatte, seine Zustimmung geben möchte, Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

und weitere Abstimmung zu dem Änderungsantrag von Dr. Dirk Schneider mit einer Fristverlängerung von 3 Monaten, um folgende Bewertungskriterien zu ermitteln :

- Allgemeine Entwicklungsperspektive Niddatal
- Fiskalische Chancen / Risiken
 - a) während der Erschließungs- und Vermarktungsphase und
 - b) während 30 Jahre nach Vermarktungsbeginn
- Ökologische Auswirkungen der Flächenumnutzung

wer dem seine Zustimmung geben möchte:

Ergebnis:

11 Ja-Stimmen 16 Gegen-Stimmen 1 Enthaltung = somit abgelehnt

Wer dem Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion B'90/Die Grünen : „Aufgabe der weiteren Planung“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis:

17 Ja-Stimmen 9 Gegen-Stimmen 2 Enthaltungen = somit beschlossen

P a u s e von 21:30 - 21:40 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann erklärt, dass der TOP 6 = Punkt 2 - a) und b) laut dem vorherigen Abstimmungsergebnis hinfällig geworden sind und nicht mehr zur Diskussion stehen.

(7) Baugebiet I 8 „Burg-Gräfenröder-Straße“ - Festsetzung der Verkaufspreise

Bürgermeister Dr. Hertel erklärt, dass dieser Punkt nicht im Bauausschuss behandelt wurde, weil im März 2011 beschlossen wurde, für einen Zeitraum von 6 Monaten den Verkaufspreis für diese Grundstücke auf 210 /qm (inkl. Erschließung) zu senken. In der Zwischenzeit haben wir mit Interessenten Gespräche geführt, die größere Grundstücke erwerben möchten, jedoch nicht zu dem früher gültigen Preis von 235 Euro/qm, sondern zu dem vorher reduzierten Preis bzw. sogar noch etwas niedriger. Wir wollen daher den Beschluss vom März 2011 wiederholen und möchten eine Preisspanne von 200 bis 210 Euro/qm als Verhandlungsbasis für den Magistrat einräumen. Dieser Vorschlag wurde im Ältestenrat schon besprochen und soll heute als Beschlussempfehlung zur Abstimmung gestellt werden.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag, den Verkaufspreis auf 200 – 210 Euro/qm inkl. Erschließung festzulegen, seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

(8) Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes im Bereich des Bebauungsplanes A 14 „Seniorenheim“ Niddatal, Stadtteil Assenheim Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert, dass dieser Punkt heute schon an anderer Stelle kurz angesprochen wurde. Für die Errichtung des Seniorenheimes muss der Reg. FNP abgeändert werden. Diesen Änderungsplan beantragen wir hiermit.

Zum aktuellen Stand dieses Vorhabens kann er mitteilen, dass jetzt ein Vertrag vorliegt und somit dem Ankauf der Erschließungsstraße nichts mehr im Wege steht. Der Magistrat wird sich in seiner nächsten Sitzung mit diesem Vertrag befassen und wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind - davon gehe er aus - kann mit der Erschließung begonnen werden. Der Investor kann dann umgehend den Bauantrag einreichen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag: „Der Magistrat wird beauftragt, die Aufstellung des Änderungsplanes und die Durchführung des Verfahrens beim Regionalverband Frankfurt Rhein-Main zu beantragen“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja-Stimmen 1 Enthaltung = so beschlossen

(9) Antrag Dr. Dirk Schneider - Vorbereitung Kommunales Energiemanagement

Dr. Dirk Schneider hat mit einem ausführlichen Beitrag zum Thema Energieeffizienz ein Konzept vorgetragen, mit dem er auf die Notwendigkeit und Zielsetzungen eines Energiemanagement hinweist.

Michael Hahn teilt mit, dass die CDU-Fraktion hier zustimmen wird. Während einer kürzlichen Klausur-Kreistagung in Bad Sooden-Allendorf habe ihm der Bürgermeister Goetz von Wöllstadt empfohlen, Herrn Roskoni (Wöllstadt) in unsere Ausschusssitzung einzuladen.

Bürgermeister Dr. Hertel bewertet den Antrag von Dr. Schneider als sehr sinnvoll und spricht sich dafür aus, ihm zu folgen. Er berichtet noch, dass es zu dieser Problematik ein Förderprogramm gebe. Die Antragsfrist für dieses Programm läuft am 31.3.2012 aus. Um hier partizipieren zu können, habe er - ungeachtet des Beschlusses - mit einem Büro Kontakt aufgenommen, das solche Maßnahmen begleitend unterstützt und entsprechend mit den Kommunen abrechnet. Seines Wissens hat Wöllstadt mit der HessenENERGIE zusammengearbeitet und sehr gute Erfahrungen gemacht. - Er habe zwischenzeitlich mit einem anderen Institut gesprochen und einen entsprechenden Antrag dafür schon vorbereitet. Untersucht

werden sollen größere Gebäude, und zwar: die 4 Bürgerhäuser, 3 Feuerwehrgerätehäuser, 3 Kindergärten, der Bauhof und noch ein paar kleinere Bauten. Das ganze würde uns erst einmal 800 Euro kosten, die wir aber zurückbekommen (durch die Antragstellung).

Durch die Abgabefrist bis 31.3.2012 kam er in Zugzwang, ohne dies vorher mit dem Magistrat absprechen zu können. Wenn also heute der Beschluss dafür gefasst wird, können wir noch das Förderprogramm in Anspruch nehmen. Das Modell sieht vor, dass das untersuchende Büro an unseren Einsparungen partizipieren kann und dass uns das letztendlich nichts kostet.

Petra Kremer möchte in diesem Zusammenhang wissen, welche Untersuchungen hier im besonderen gefördert werden.

Der Bürgermeister antwortet: Es handelt sich hier um Grunduntersuchungen an Gebäuden, um festzustellen, wo energetisches Einsparpotential besteht. Es werden nur die Untersuchungen gefördert, die notwendigen Maßnahmen danach nicht mehr. Das ist dann ein weiterer Schritt, der mit dem Büro abgesprochen werden muss.

Hans-Joachim Mücke richtet seine Frage an Dr. Schneider: Mit welchem Einsparpotential rechnen Sie? Haben Sie dabei Erfahrungswerte und bestimmte Vorstellungen?

Dr. Dirk Schneider verweist darauf, dass andere Gemeinden, z.B. Wöllstadt, ihre Energiekosten dadurch um bis zu 10 % gesenkt haben.

Der Bürgermeister möchte noch einmal klarstellen, dass es grundsätzlich sein Bestreben sei, für die Stadt das Bestmögliche zu wollen und dass dies manchmal auch kurzfristige Entscheidungen erfordere.

Michael Hahn schlägt vor, über die Anträge von Dr. Schneider und von Dr. Hertel abstimmen zu lassen und dann zur nächsten Ausschusssitzung den Herrn Roskoni - wie vorgeschlagen - einzuladen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Antrag mit den Ausführungen von Dr. Hertel seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

(10) Anfrage Dr. Dirk Schneider - Baulandstrategie Niddatal

Bürgermeister Dr. Hertel beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Frage:

Verfolgt die Stadt Niddatal einen systematischen Ansatz, mit dem Voraussetzungen sowie demographische und fiskalische Auswirkungen der verschiedenen Baulandstrategien transparent und nachvollziehbar miteinander verglichen werden können? Falls ja, bis wann werden die Ergebnisse in der STVV vorgestellt? Falls nein, soll solch ein Ansatz entwickelt werden?

Antwort:

Nein, die Stadt Niddatal verfolgt einen solchen systematischen Ansatz nicht.

Frage: Soll ein solcher Ansatz entwickelt werden ?

Ja, sofern die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden

Der Magistrat soll dies noch einmal aufgreifen und der Stadtverordnetenversammlung empfehlen, einen solchen Beschluss herbeizuführen, dass so etwas für Niddatal einmal angedacht wird.

Der Termin für die nächste Magistratssitzung wäre am 18.4.2012.

(11) Anfrage Dr. Dirk Schneider - Gewerbestrategie Niddatal

Bürgermeister Dr. Hertel beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

Frage 1:

Gibt es bei der Stadt Niddatal ein systematisches Programm, mit dem der Kontakt zu wesentlichen Gewerbesteuerzahlern gehalten wird, um deren Bedürfnisse und ggf. Wegzugsgedanken rechtzeitig zu erkennen und darauf zu reagieren ? Falls ja, wie sieht dieses Programm aus ? Falls nein, soll solch ein Programm eingeführt werden ?

Antwort:

Nein, es gibt also noch kein solches Programm.

Wenn ja, aber dann muss man sich erst einmal Gedanken darüber machen, wie ein solches Programm aussehen könnte.

Frage 2:

Gibt es bei der Stadt Niddatal ein ausformuliertes Angebot an Gewerbetreibende mit z.B. flexiblen Flächen-, Infrastruktur- oder Betreuungsangeboten ? Falls ja, wie sieht dies aus und wie wird es kommuniziert ? Falls nein, soll solch ein Angebot erarbeitet werden ?

Antwort: Nein.

Frage 3:

Gibt es ein systematisches Programm zur Anwerbung zusätzlicher Gewerbetreibender ? Falls ja, wie sieht dieses Programm aus ? Falls nein, soll solch ein Programm erarbeitet werden ?

Antwort:

Nein, es gibt von unserer Stadt kein systematisches Programm. Wir arbeiten da sehr eng mit dem Wetteraukreis mit der zuständigen Stelle zusammen.

Und das auch als zweite Antwort zum Text zu den beiden obigen Maßnahmen:

Wenn diese eingeführt werden, kann man darüber auch nachdenken.

(12) Anfrage Dr. Dirk Schneider - Wirtschaftlichkeit der Stadtwerke-Ausgründung

Bürgermeister Dr. Hertel bezieht sich zu diesem Punkt auf ein intensives Gespräch zwischen Dr. Schneider und einem Mitarbeiter in der Verwaltung.

Der Fragenkomplex von 1 bis 12 wurde in der Zusammenfassung Nr. 08/2012 (Seite 1, 2 + 3 plus 2 Seiten tabellarische Aufstellungen) ausführlich beantwortet - wurde bereits verteilt.

Dr. Dirk Schneider bedankt sich für die Ausarbeitungen und Beantwortungen seiner Fragen.

Bürgermeister Dr. Hertel fügt noch eine Erklärung zu den vorgenannten Ausführungen an: Der Magistrat habe sich immer gegen diese Ausgründung ausgesprochen; es war also ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung entgegen der Empfehlung des Magistrates.

(13) Beschluss einer Ehrung

Bürgermeister Dr. Hertel befürwortet und ist überzeugt davon, dass die vorgesehene Ehrung von Frau Gudrun Karmer als „Ehrenstadträtin“ beschlossen und ausgesprochen werden sollte. Wie bekannt, ist unser langjähriges Magistratsmitglied Frau Karmer, die auch über 26 Jahre in anderen städtischen Gremien ehrenamtlich tätig war, aus verschiedenen Gründen nun ausgeschieden. Sie hat sich in dieser langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit intensiv eingebracht und war mit Herzblut dabei. Auf ihre Gesundheit hatte sie teilweise wenig Rücksicht genommen.

In Anerkennung und Würdigung ihrer Verdienste schlagen wir deshalb vor zu beschließen, Frau Gudrun Karmer mit einer Ehrung auszuzeichnen und ihr von Seiten des Magistrates die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadträtin“ zu verleihen.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag folgen möchte, Frau Gudrun Karmer die Ehrenbezeichnung „Ehrenstadträtin“ zu verleihen.

Ergebnis: 27 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

(14) Aufhebungsbeschluss Bauplatzvergabe

Achim Saßmannshausen erklärt, dass die SPD-Fraktion den Aufhebungsbeschluss in der vorliegenden Form nicht mittragen werde.

Michael Hahn beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung. - Dem Antrag wurde stattgegeben. **(22:25 - 22:30 Uhr)**

Danach meldet sich Markus Nikleniewicz zu Wort und schlägt vor, einen Änderungsantrag zu stellen: Man sollte die betroffenen Beteiligten erst einmal dazu hören. Dies könnte gemeinsam mit dem H+F Ausschuss erfolgen. - Den Vertragsabschluss sollte man solange ruhen lassen.

Michael Hahn spricht sich dafür aus, dass die CDU-Fraktion diesen Vorschlag akzeptieren könnte und gab Anregungen, wie man weiter vorgehen sollte.

Dieter Eisenberg bezieht sich auf eine kürzliche Debatte im Ältestenrat über die Richtigkeit der Sachdarstellung und dass man damals verabredet habe, diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt zu erörtern. Seine Frage: Ist diese Sachdarstellung richtig ?

Bürgermeister Dr. Hertel möchte in seiner Stellungnahme nicht auf jeden einzelnen Punkt eingehen. Ihm sei von dem zuständigen Mitarbeiter glaubhaft versichert worden, dass der geschilderte Sachlagenstand nicht ganz dem tatsächlichen Ablauf entsprechen würde.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer dem Änderungsantrag von Markus Nikleniewicz in der vorgetragenen Formulierung seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen 12 Gegen-Stimmen = Somit wird dieser Antrag angenommen und an den H+F Ausschuß überwiesen.

Nachdem alle Tagesordnungspunkte abgehandelt worden sind, erklärt Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann die heutige Sitzung um 22:35 Uhr für beendet.

Er bedankt sich für die engagierte und konstruktive Mitarbeit, wünscht allen Damen und Herren einen guten Heimweg und schöne Osterfeiertage.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin